

LANDESSCHULRAT FÜR STEIERMARK

8015 Graz, Körblergasse 23

DVR: 0064360

GZ.: II EI 1/57 - 1993

(In Antwortschreiben bitte obiges Geschäftszeichen anführen)

0316/31-5-71/125

Telefax: 31-5-71/72

Graz, am 5.5.1993

Sachbearbeiter: Dr. PERKO

Betreff:

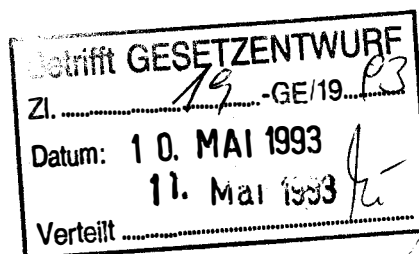
Änderung des Unterrichtspraktikumsgesetzes;

Stellungnahme

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament

1010 Wien



Dr. Baum

In der Beilage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Landesschulrates für Steiermark zum o.a. Gesetzentwurf übermittelt.

Mit besten Grüßen

Dr. Bernd Schilcher eh.
(Amtsführender Präsident)

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schilcher

LANDESSCHULRAT FÜR STEIERMARK

8015 Graz, Körblergasse 23

DVR: 0064360

GZ.: II EI 1/57 - 1993

(In Antwortschreiben bitte obiges Geschäftszeichen anführen)

0316/31-5-71/125

Telefax: 31-5-71/72

Graz, am 5.5.1993

Sachbearbeiter: Dr. PERKO

Betreff:

Änderung des Unterrichtspraktikumsgesetzes;

Stellungnahme

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Zu dem mit do. Erlaß vom 4. Februar 1993, GZ.: 12.797/11-III/2/92, anher übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Unterrichtspraktikumsgesetz geändert wird, wird gemäß § 7 Abs. 3 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl.Nr. 240/1962, in der geltenden Fassung, nachstehende Stellungnahme abgegeben:

Zu Z 3 (§ 21a):

Die in Abs. 3 vorgesehene Abstellung auf Schultage für die Pflegefreistellung steht im Gegensatz zur Regelung für die Bundeslehrer, wo die Pflegefreistellung auch stundenweise erfolgen kann. Es ist sicher denkbar, daß ein Unterrichtspraktikant eine Stunde zu Beginn des Halbtages und eine weitere Stunde am Ende des Halbtages zu unterrichten hat, sodaß bei nur teilweiser Verhinderung eine Benachteiligung entsteht. Es sollte daher die Regelung an die für Bundeslehrer geltenden Bedingungen angeglichen werden.

Zu Z 4 (§ 30 Abs. 5):

Das Inkrafttreten der Regelungen für die Pflegefreistellung (§ 21a) sollte nicht von dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum abhängig gemacht werden. Da sich das Inkrafttreten des EWR-Vertrages offenkundig verzögert, sollten jedenfalls die Bestimmungen über die Pflegefreistellung vorgezogen werden.

Weitere Anregungen:

Zu § 16:

Es sollte eindeutig ausgesprochen werden, daß im Fall einer Mutterschaft während der Schutzfrist nicht der Ausbildungsbeitrag im Ausmaß von 26 Werktagen gebührt, sondern das Wochengeld von der Gebietskrankenkasse.

Zu § 21:

Die Zitierung des § 177 BDG ist durch die neue Reihenfolge der Paragraphen überholt und müßte daher angepaßt werden (§ 219 BDG).

Zu § 23 Abs. 5:

Im Falle einer neuerlichen Zulassung sollte für den gesamten Zeitraum der Tätigkeit des Unterrichtspraktikanten der Ausbildungsbeitrag vorgesehen werden. Dies nicht so sehr deswegen, um den Unterrichtspraktikanten eine Bezahlung zur Verfügung zu stellen, sondern vor allem deswegen, weil der Unterrichtspraktikant andernfalls in diesem Zeitraum nicht sozialversichert wäre.

Mit besten Grüßen

Dr. Bernd Schilcher eh.
(Amtsführender Präsident)

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

